

# Der Vollzugsdienst

4-5/2021 – 68. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Gefangenenzzeitung  
„der lichtblick“ greift  
Bedienstete massiv an**

Justizverwaltung in Berlin  
bleibt untätig

Seite 1

**Moderne Technik und Justiz-  
vollzug: Schöne neue Welt –  
aber nicht hinter Gittern!**

Erfahrungsbericht  
einer leidgeprüften Kollegin

Seite 41

**Niedersächsische  
Vollzugsbedienstete gehen  
auf die Straße**

VNSB hatte zur Demonstration  
vor dem Landtag aufgerufen

Seite 51

## Wahnsinn hinter Stahl und Beton

**Dauerbrenner im Justizvollzug:  
„Wie umgehen mit psychisch  
auffällig Inhaftierten?“**

Lesen Sie mehr dazu  
ab Seite 5 dieser Ausgabe

Foto: © Yay Images / stock.adobe.com



**BUNDESHAUPTVORSTAND**



**BAYERN**



**RHEINLAND-PFALZ**

# INHALT

## BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Gefangenenzzeitung „der lichtblick“ greift Bedienstete massiv an – Justizverwaltung Berlin bleibt untätig
- 2 Die Tarifforderungen liegen auf dem Tisch
- 4 40. Bundesgewerkschaftstag 2021 am 10./11. November in Soltau/Niedersachsen
- 4 Nach langer Pause wieder ein BSBD Bundesseminar
- 5 Wahnsinn hinter Stahl und Beton – Eine Tragödie in vielen Akten
- 8 Arbeit hinter verschlossenen Türen – Psychologen und Psychotherapeuten in Justizvollzugsanstalten
- 10 Bundesseniorenvertreter Klaus Neuenhüsches geht von Bord

## LANDESVERBÄNDE

- 11 Baden-Württemberg
- 26 Bayern
- 32 Berlin
- 36 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 40 Hessen
- 48 Mecklenburg-Vorpommern
- 51 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 73 Saarland
- 76 Sachsen
- 77 Sachsen-Anhalt
- 82 Thüringen
- 79 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	René Müller	<a href="mailto:rene.mueller@bsbd.de">rene.mueller@bsbd.de</a> <a href="http://www.bsbd.de">www.bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Horst Butschinek	<a href="mailto:horst.butschinek@bsbd.de">horst.butschinek@bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Sönke Patzer	<a href="mailto:soenke.patzer@bsbd.de">soenke.patzer@bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Alexander Sammer	<a href="mailto:alexander.sammer@bsbd.de">alexander.sammer@bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	René Selle	<a href="mailto:rene.selle@bsbd.de">rene.selle@bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung</b>	Anja Müller	<a href="mailto:vollzugsdienst@bsbd.de">vollzugsdienst@bsbd.de</a>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · <a href="mailto:post@bsbd.de">post@bsbd.de</a>	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	<a href="mailto:Alex.Bodman@web.de">Alex.Bodman@web.de</a> <a href="http://www.bsbd-bw.de">www.bsbd-bw.de</a>
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	<a href="mailto:post@jvb-bayern.de">post@jvb-bayern.de</a> <a href="http://www.jvb-bayern.de">www.jvb-bayern.de</a>
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	<a href="mailto:mail@bsbd-berlin.de">mail@bsbd-berlin.de</a> <a href="http://www.bsbd-berlin.de">www.bsbd-berlin.de</a>
<b>Brandenburg</b>	Dörthe Kleemann	<a href="mailto:bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de">bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de</a> <a href="http://www.bsbd-brb.de">www.bsbd-brb.de</a>
<b>Bremen</b>	Sven Stritzel	<a href="mailto:sven.stritzel@jva.bremen.de">sven.stritzel@jva.bremen.de</a>
<b>Hamburg</b>	René Müller	<a href="mailto:rene.mueller@lvhs-hamburg.de">rene.mueller@lvhs-hamburg.de</a> <a href="http://www.lvhs-hamburg.de">www.lvhs-hamburg.de</a>
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	<a href="mailto:vorsitzende@bsbd-hessen.de">vorsitzende@bsbd-hessen.de</a> <a href="http://www.bsbd-hessen.de">www.bsbd-hessen.de</a>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Hans-Jürgen Papenfuß	<a href="mailto:hans_j_papenfuss@me.com">hans_j_papenfuss@me.com</a> <a href="http://www.bsbd-mv.de">www.bsbd-mv.de</a>
<b>Niedersachsen</b>	Oliver Mageney	<a href="mailto:oliver.mageney@vnsb.de">oliver.mageney@vnsb.de</a> <a href="http://www.vnsb.de">www.vnsb.de</a>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Ulrich Biermann	<a href="mailto:ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de">ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de</a> <a href="http://www.bsbd-nrw.de">www.bsbd-nrw.de</a>
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	<a href="mailto:bsbd.winfried.conrad@t-online.de">bsbd.winfried.conrad@t-online.de</a> <a href="http://www.bsbd-rlp.de">www.bsbd-rlp.de</a>
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	<a href="mailto:M.Wollscheid@justiz.saarland.de">M.Wollscheid@justiz.saarland.de</a>
<b>Sachsen</b>	René Selle	<a href="mailto:selle@bsbd-sachsen.de">selle@bsbd-sachsen.de</a> <a href="http://www.bsbd-sachsen.de">www.bsbd-sachsen.de</a>
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	<a href="mailto:mario.pinkert@bsbd-isa.de">mario.pinkert@bsbd-isa.de</a> <a href="http://www.bsbd-isa.de">www.bsbd-isa.de</a>
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	<a href="mailto:hinrichsen@bsbd-sh.de">hinrichsen@bsbd-sh.de</a> <a href="http://www.bsbdsh.de">www.bsbdsh.de</a>
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	<a href="mailto:post@bsbd-thueringen.de">post@bsbd-thueringen.de</a> <a href="http://www.bsbd-thueringen.de">www.bsbd-thueringen.de</a>

**ERSCHEINUNGSTERMIN**

der Ausgabe 6/2021:

➡ ➡ 14. Dezember 2021

Hoher Besuch:

## NEUE JUSTIZMINISTERIN MARION GENTGES MdL BEIM VIRTUELLEN MEETING DES BSBD-HAUPTVORSTANDS

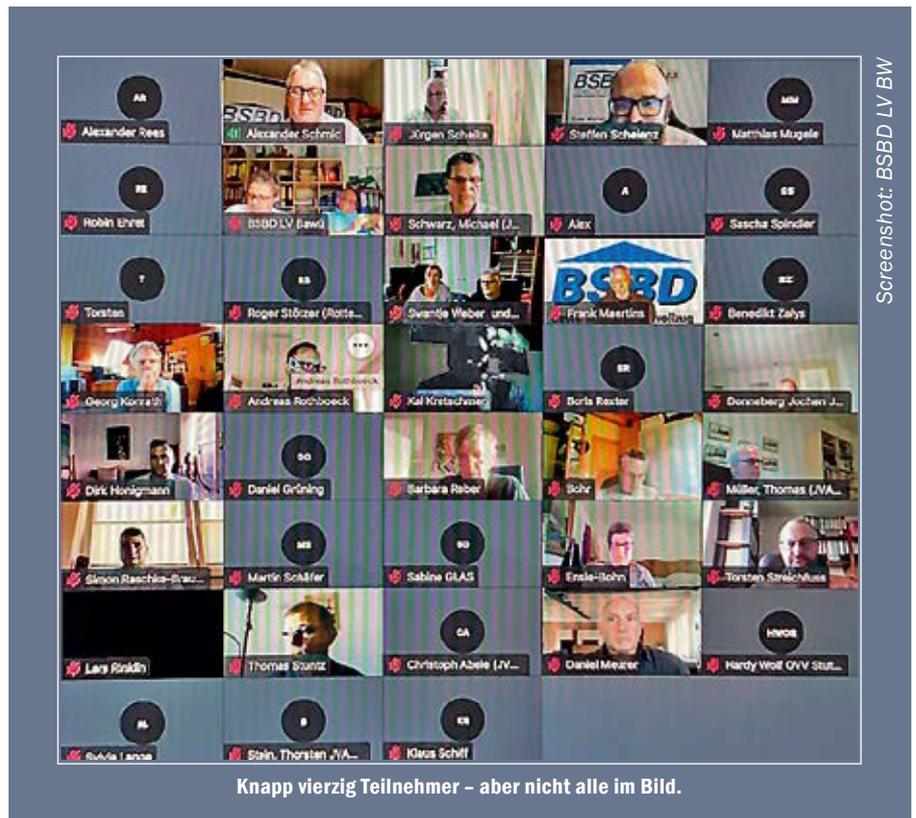
Die allgegenwärtigen Corona-Maßnahmen hatten nicht nur negative Auswirkungen, sie führten auch zu gut funktionierender digitaler Tagungsgestaltung bei der am Montag, dem 21. Juni 2021 durchgeführten Hauptvorstandssitzung des BSBD-Landesverbandes.

So wurde um 15:30 Uhr die neue Justizministerin Marion Gentges MdL zusammen mit dem Abteilungsleiter der Abteilung Justizvollzug – Ministerialdirigent Martin Finckh – der Versammlung zugeschaltet und sie nahmen sich mehr als eine Stunde Zeit für den Landeshauptvorstand. Die hohe Achtsamkeit für den Justizvollzug lässt sich auch daran ablesen, dass Frau Gentges erst am 12. Mai 2021 als Justizministerin im Landtag von Baden-Württemberg vereidigt wurde und sich bereits knapp sechs Wochen später für den BSBD Zeit nahm.

Der Landesvorsitzende Alexander Schmid begrüßte Frau Ministerin Gentges und Herrn Martin Finckh in den Reihen des BSBD und dankte schon eingangs für den Besuch bei der größten Gewerkschaft innerhalb der Justiz in Baden-Württemberg. Er versäumte es nicht, schon an dieser Stelle das konstruktive Angebot des BSBD und seiner Gremien zu unterbreiten, wo immer möglich gemeinsam für die Sache des Justizvollzuges und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzutreten. Diese Herangehensweise, geprägt von Vertrauen und gemeinsamen Zielsetzungen, sei in der Vergangenheit oft von Erfolg gekrönt gewesen.

Frau Ministerin Gentges dankte ihrerseits für die Einladung und freute sich, so frühzeitig mit dem BSBD ins Gespräch zu kommen. In ihren kenntnisreichen Eingangsausführungen ging sie auf verschiedenste Aspekte rund um den Justizvollzug ein, nicht jedoch ohne an erster Stelle ihren Dank an alle Bediensteten zu richten. Gerade in Zeiten der zusätzlichen Herausforderungen durch die Pandemie habe sich gezeigt, zu welchen Leistungen die Bediensteten fähig gewesen seien. So seien während der Pandemie auch ca. 225 Bedienstete von Corona-Infektionen betroffen gewesen.

Hoherfreut sei sie, dass eine sehr hohe Impfquote der Bediensteten von



ca. 85 Prozent seit Beginn der Impfbefehle am 3. Mai 2021 zu verzeichnen sei. Mittlerweile habe Baden-Württemberg mit Blick auf die bereits erfolgten Zweitimpfungen viele andere Bundesländer sogar übertroffen.

### • Personalbedarf im Justizvollzug

Nach einem kurzen Rückblick auf die Erfolge der letzten Legislaturperiode – der BSBD hatte ja zuletzt über einen für den Vollzug erfreulichen Doppelaushalt 2020/21 berichten können – machte Ministerin Marion Gentges aber klar, dass sie im Bereich des Justizvollzuges weiterhin deutlichen Aufhol- und Nachholbedarf sehe. Dies gelte insbesondere in Bereichen wie der Personalausstattung im Bundesvergleich, Stellenhebungen in allen Dienstgruppen und für ein Bauprogramm mit den Schwerpunkten: Neubauten der Justizvollzugsanstalt Rottweil und des Justizvollzugskrankenhauses auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Stuttgart.

Um den politischen Schwerpunktsetzungen des Koalitionsvertrages zu folgen, gelte es gleichzeitig auch, bei der Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen deutlich voranzuschreiten. Bei einer geschätzten Zahl von 550 bis 600 Personen auf diesem Feld könnten hier

eine sehr wirksame Entlastung bei der Belegung der Justizvollzugsanstalten durch Institutionen wie aufsuchende Sozialarbeit und „Schwitzen statt Sitzen“ erreicht werden.

### • Digitalisierung – E-Akte

Im Bereich der Digitalisierung sieht Ministerin Gentges den Justizvollzug auf einem guten Weg. Bereits jetzt seien erfolgreiche Projekte wie Videodolmetschen, Besuchsabwicklungen per Skype oder Telemedizin im baden-württembergischen Justizvollzug Realität. Es gelte die Chancen der Digitalisierung sowohl für Bedienstete wie auch für Gefangene zu verwirklichen. Mit der Einführung der sogenannten E-Akte, die in Bereichen der Allgemeinjustiz derzeit umfangreich pilotiert wird, ist im Justizvollzug aber nicht vor dem Jahr 2026 zu rechnen.

### • Baumaßnahmen

Zur (Über-)Belegungssituation im Justizvollzug Baden-Württemberg, einem leider schon fest etablierten Dauerzustand, führte die Ministerin aus, dass ihrer Auffassung nach eine Vollbelegung einer Justizvollzugsanstalt bereits bei einer Belegung von 90 Prozent erreicht sei. Eine Position, die der BSBD

vollumfänglich teilt, da dies auch die gewerkschaftliche Sichtweise ist, die schon seit Jahren so angeführt wird. Laut Frau Ministerin wird mit dem Neubau in Rottweil, den Modulbauten in den Anstalten Heimsheim, Schwäbisch Hall und Ravensburg, mit dem Weiterbetrieb von Haus I der Justizvollzugsanstalt Stuttgart und dem E-Bau (einer Aufstockung eines Bestandsgebäudes) in Ravensburg hier eine klare und umfangreiche bauliche Entlastungsstrategie umgesetzt, welche die in der Regel mehr als angespannte Belegungssituation deutlich normalisieren soll.

Mit einem Zitat nach Franz Kafka „Wege entstehen dadurch, dass wir sie gehen“ schloss Ministerin Marion Gentges ihren ausführlichen Bericht aus dem Justizvollzug.



Justizministerin Marion Gentges.

Foto: Landtag BW

Nun gab es die Möglichkeit, die durch Frau Ministerin freundlicher Weise eingeräumt wurde, Fragen an sie zu richten.

Ehrenmitglied und Fachgruppensprecher der Senioren Georg Konrath plädierte dafür, den politischen Blick auf den Zustand der **Bildungseinrichtungen des Justizvollzugs** zu richten. Zwar werde derzeit versucht, die zerklüftete Bildungslandschaft mit Standorten an vier Stellen zu ertüchtigen, er halte aber – genau wie der BSBD es seit Jahren fordere – eine zentrale und modernen Ansprüchen an Ausstattung und Unterbringung genügende Neustrukturierung für überfällig. **Ministerin Marion Gentges** zeigte sich grundsätzlich offen für eine solche Planung, die sich aber sicherlich nur langfristig realisie-

ren lassen werde, falls eine solche Entscheidung getroffen werden würde.

Der Vorsitzende des **BSBD-OV** Freiburg und Mitglied des HPR, **Daniel Meurer**, wies auf die Notwendigkeiten im Bereich der Nachwuchsgewinnung hin. Immer mehr sei festzustellen, dass gerade auch bei Bewerberinnen und Bewerbern die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie planbare und zuverlässige Dienstplangestaltungen mit Blick auf Vermeidung von Mehrarbeit und kurzfristigen Personaleinsätzen in den Fokus rückten. Besonders die Bewertung des notwendigen Schicht- und Wechseldienstes gelte es hierbei in den Blick zu nehmen und hier über deutliche Verbesserungen bei Zulagen diese Mehrbelastungen wenigstens monetär abzumildern, um dadurch auch zu einer Akzeptanz und zu einer gewissen Attraktivität zu gelangen. Frau Ministerin nahm diese Anregung gerne auf und sagte eine Überprüfung im finanziellen Gesamtkontext aller derartigen Vorhaben zu.

**Thomas Müller**, als Fachgruppensprecher des höheren Verwaltungsdienstes und Leiter der Justizvollzugsanstalt Karlsruhe, fragte an, wie bei den notwendigen zukünftigen und regelmäßig notwendigen **SARS-CoV-2 Impfungen der Gefangenen** verfahren werde.

Hier berichtete Frau Ministerin, dass dies ein Punkt der Justizministerkonferenz am 16. Juni 2021 gewesen, und man sich dort einig geworden sei, dass es für Inhaftierte dauerhaft die Möglichkeit zur Impfung im Hinblick auf die Vermeidung von Infektionsgeschehen im Justizvollzug geben sollte. Entsprechende Planungen seien auf den Weg gebracht, wobei grundsätzlich angedacht sei, dass Betriebsärzte notwendige Impfungen durchführen können sollen.

**Elfriede Ensle-Bohn**, Fachgruppensprecherin des gehobenen Verwaltungsdienstes und Verwaltungsleiterin bei der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Gmünd, wies auf ein vor der Fertigstellung stehendes neues **Positionspapier der Fachgruppe** hin, welches dann dem Ministerium der Justiz und für Migration an die Hand gegeben werden soll.

Hierbei gehe es im Wesentlichen um Themen wie Attraktivität dieses mit großen Anforderungen und Herausforderungen konfrontierten Tätigkeitsbereiches und um das immer präsente Thema der Nachwuchsgewinnung und -bindung für den gehobenen Verwaltungsdienst. Frau Ministerin bedankte sich für das zu erwartende Position-

papier und sagte eine hausinterne Prüfung zu.

**Thorsten Streichfuss**, Ortsverbandsvorsitzender in Heimsheim, unterstrich nochmals – genau wie **Georg Konrath** zuvor – die Notwendigkeit, am Thema Ausbildung mit den Aspekten: Baulichkeiten, Ausstattung und Lerninhalte intensiv zu arbeiten.

Er dankte der Justizministerin für ihre bereits sehr umfangreichen, von großer Detailkenntnis geprägten Ausführungen und er könne nur staunen, wie frühzeitig sie schon derart vertiefte Kenntnisse über den Justizvollzug erlangt habe.

Zum Abschluss der virtuellen Teilnahme von Frau **Ministerin Marion Gentges** und Herrn **Abteilungsleiter Martin Finckh** bedankte sich Landes-



Ministerialdirigent Martin Finckh.

Foto: BSBD-LHVS 2018

vorsitzender **Alexander Schmid** in Namen aller Anwesenden für den Besuch, die zahlreichen Erläuterungen und Ausführungen und den offenen Umgang mit den gestellten Fragen aus dem Gremium.

Nach seiner Auffassung wurde mit diesem Besuch und dem Austausch eine gute Grundlage für eine intensive gemeinsame Arbeit zum Wohle des Justizvollzuges und seiner Bediensteten, aber auch zur Behandlung der Gefangenen, gelegt. „Die Hand des **BSBD** und seines Vorsitzenden ist immer ausgestreckt und wir sind immer offen und dankbar für einen konstruktiven Austausch, da wir gemeinsam sicher weiterkommen wollen und können. „Also gehen wir diesen Weg gemeinsam“, so **Alexander Schmid**. als/wok ■

# JUSTIZVOLLZUG BADEN-WÜRTTEMBERG aus BSBD-Sicht

Beachtenswertes Interview im STAATSANZEIGER vom 16. Juli 2021

Im politisch viel beachteten STAATSANZEIGER Baden-Württemberg ist ein Interview von BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid erschienen, das die Autorin Petra Mostbacher-Dix mit ihm Mitte Juli 2021 geführt hat.

Der Vorsitzende gibt darin eine sehr anschauliche Beschreibung des aktuellen Sachstandes im Justizvollzug Baden-Württemberg aus Sicht des BSBD ab. Das Interesse der Presse und der Medien allgemein am Gefängniswesen ist in den

letzten Jahren sehr deutlich angestiegen und hat somit auch die „Systemrelevanz“ dieser Justizbehörde hervorgehoben; damit rückte die Problematik des Justizvollzugs immer wieder in den Fokus; das ist gut so!

Da der Artikel im STAATSANZEIGER ganz wesentlich auf den Ausführungen unseres Landesvorsitzenden basiert, haben wir uns erlaubt, ihn mit der freundlichen Genehmigung der Autorin Petra Mostbacher-Dix vollständig zu übernehmen.

Staatsanzeiger, Freitag, 16. Juli 2021, Nr. 27

## Verband: Mehr als 90 Prozent Belegung geht nicht

*Die Gerichte im Land verhängen höhere und längere Haftstrafen – das zeigen auch die Urteile zur Stuttgarter Krawallnacht. Allerdings mangelt es in den Justizvollzugsanstalten an Platz und Personal. Das Land hat reagiert, aber das reicht noch nicht angesichts der gestiegenen Gefangenenzahlen.*

Von Petra Mostbacher-Dix

STUTTGART. Über 140 Tatverdächtige, rund 100 Jahre Freiheitsstrafe, davon 40 Jahre ohne Bewährung, präventive Maßnahmen – so das Fazit, das Baden-Württembergs Innenminister **Thomas Strobl (CDU)** ein Jahr nach der „Stuttgarter Krawallnacht“ im Juni 2020 zog. Mit **Justizministerin Marion Gentges (CDU)** betonte er: „Der Rechtsstaat funktioniert.“ Seit der Krawallnacht hätten Richter gegen 83 Tatverdächtige Haftbefehle erlassen. Indes: Im Land fehlt es an Haftplätzen und Personal.

Von 2015 bis zum Beginn der Coronapandemie seien die Gefangenenzahlen stetig gestiegen, heißt es im Justizministerium, Justizvollzugsanstalten (JVA) seien stark überbelegt.

Ein Sprecher betont: „Wir haben darauf mit einer Vielzahl von baulichen und personellen Maßnahmen reagiert.“

### 420 neue Stellen für den Justizvollzug seit 2016

Als erster Schritt werde das „Haus 1“ der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim teilweise weiterbetrieben. Statt abgerissen soll es für etwa 15 Millionen Euro renoviert werden.

Die Zellen des Hochhauses, in dem einst Mitglieder der Terrorvereinigung Rote Armee Fraktion saßen, tun Not. Der Neubau der JVA Rottweil mit 500 Haftplätzen soll 2023 starten.

Als weitere kurzfristige Maßnahmen geplant sind zusätzliche Haftraumkapazitäten in Heimsheim, Ravensburg und Schwäbisch Hall, in Modulbauweise ent-

stehen je bis zu 120 Haftplätze, ein Bestandsgebäude der JVA Ravensburg soll um 93 Haftplätze erweitert werden.

In den vergangenen fünf Jahren seien zudem 420 Neustellen für den Justizvollzug geschaffen worden, so der Sprecher des Justizministeriums. Denn das Personal auf den Stockwerken der JVA müsse dringend aufgestockt werden. „Insgesamt ist der uniformierte mittlere Vollzugsdienst mit 374 Neustellen in besonderer Weise gestärkt worden.“ Und es bedürfe weiterer Neustellen – auch zum Betrieb der Erweiterungsbauten in Heimsheim, Ravensburg und Schwäbisch Hall, soweit es eben die Haushaltslage zulasse. Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag werden denn auch Strukturverbesserungen im Strafvollzug und „zeitgemäße, moderne Vollzugsan-

stalten unter Berücksichtigung der Belange der Bevölkerung“ betont, die sich „an den Zielen eines modernen Strafvollzugs orientieren“.

Betont werden Resozialisierung, eine „zweite Chance“ und neue Lebensperspektiven für Straftäter. Auch offene Vollzugsformen würden geprüft.

### Hohe Belastung im Justizvollzug führt zu Fehlzeiten

**Alexander Schmid**, Landesvorsitzender des **Bundes der Strafvollzugsbediensteten**, begrüßt diese Maßnahmen. Indes, die baulichen und personellen Mängel seien eklatant.

Ein Vollzugsbeamter sei für 40 bis 60 Häftlinge zuständig, es fehle an medizinischer Betreuung. „Baden-Württemberg hat in Sachen Personal die rote Laterne in Deutschland, 472 Stellen Defizit im Bundesdurchschnitt!“

Durch die Belastung seien die Mitarbeiter im Vergleich zur Polizei öfter krank oder dienstunfähig.

Hinzu komme: die Klientel sei schwieriger geworden, schwerere, also längere Haftstrafen würden verhängt, die Verweildauer steige, ebenso der gesellschaftspolitische Druck.

Resultat: JVA, die zum Teil zu 130 Prozent belegt sind. „Mehr als 90 Prozent geht nicht, das ist schon viel – wir brauchen Spielraum, um reagieren zu können, wer zu wem in eine Zelle passt.“

### Rückfallquote zwischen 20 und über 50 Prozent in drei Jahren

Mangelausstattung befördere Rückfallquoten. Laut Statistischem Bundesamt liegen diese zwischen 20 und über 50 Prozent in drei Jahren. Auch die Zahl der psychisch kranken Häftlinge hat sich seit Jahren erhöht.

Für den Neubau des betagten Vollzugskrankenhauses in Hohenasperg wurde unter **Gentges'** Vorgänger, Ex-Justizminister **Guido Wolf (CDU)**, eine Planungs-



Um auf den Bundesschnitt an Stellen im Justizvollzug zu kommen, müsste Baden-Württemberg 472,5 Stellen schaffen. Foto: BSBD BW-LV

rate im Haushalt eingestellt. Es soll an die Stelle des Stammheimer Mehrzweckbaus treten, der einst für den RAF-Prozess errichtet wurde. Die Denkmalschutzbehörde tagt noch.

**Schmid** erläutert, dass Einzelzellen desiderabel für einen qualitätsvollen Vollzug seien, für Inhaftierte wie Beamte, die ein Arbeitsfeld bräuchten, in dem sie etwas bewirken könnten.

Dass im Koalitionsvertrag auch Themen wie Haftvermeidung und -alternativen vorkommen, begrüßt er.

Gerade bei Kleinkriminellen nützten soziale Projekte mehr, als ein „negativ ansteckendes“ Umfeld.

„Die Politik hat das erkannt“, sagt er. Sie müsse Flagge zeigen. Er zitiert den Koalitionsvertrag. Da steht, es müsse unterschieden werden zwischen Notwendigem und Wünschenswertem, was „aber derzeit nicht finanzierbar“ sei. ■

## Angemerkt: weitere aktuelle Medienthemen

Neben der allgegenwärtigen „Corona-Pandemie“ und dem sehr bedrohlichen „Klimawandel“ beschäftigten sich die Landesmedien im Mai 2021 auch ausgiebig mit der neuen Regierungsbildung und mit der Bewältigung der milliardenschweren Schuldenlasten – ab 2024.

Im Kontext mit dem künftigen Landeshaushalt fielen u. a. auch Worte wie „hammerharte Verhandlungen“ und „Schmalhans wird Küchenmeister“ (**Innenminister Strobl, CDU**), wobei es um die zu erwartenden Streichlisten für Minister- und Ministerinnenwünsche ging.

Auch wir gingen davon aus, dass zur Schuldenregulierung eventuell an die Solidarität, an die Treue der Landesbeamten und -beamtinnen appelliert wird, um die Hand, die sie versorgt, durch ein wenig Verzicht zu entlasten.

Dazu erfolgte aber – nach einer **Pressemittteilung des BBW vom 21. Juli 2021** – eine politische Klarstellung, indem „**Tobias Wald**, der finanzpolitische Sprecher der **CDU-Fraktion**, gegenüber der Presse erklärte, die **Südwest-CDU wolle bei der Sparrunde im Haushalt 2022 sowohl Kommunen als auch Beamte verschonen**. Er sei beispielsweise dagegen, den Beamten die Beihilfe zu kürzen. Grün-Schwarz müsse dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst attraktiv bleibe. **Im Gespräch am 21. Juli mit BBW-Vertretern haben Fraktionsvorsitzender Hagel MdL, Fraktions-Vize Blenke MdL und Wald MdL diese Position nochmals bestätigt.**“

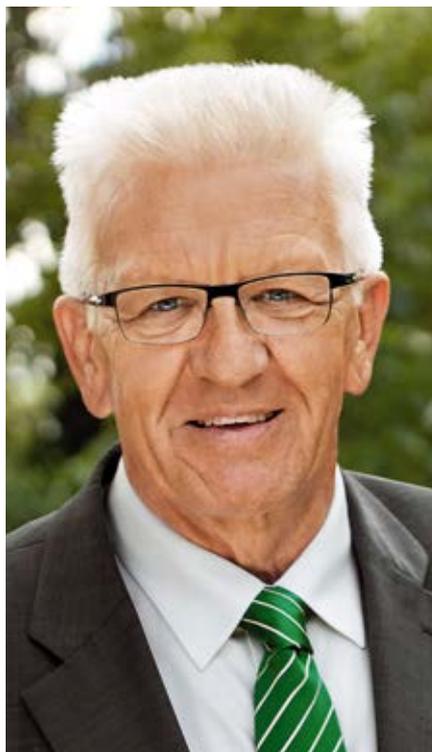
Eine erstaunliche und für viele überraschende Personalvermehrung

### Durchschnittsbelegung seit 2015 deutlich gestiegen

Laut Landesverband **des Bunds der Strafvollzugsbediensteten (BSBD)** ist die jährliche Durchschnittsbelegung der Justizvollzugs- und Jugendarrestanstalten von 6.598 Gefangenen im Jahr 2015 auf 7.426 in 2019 gestiegen. Während in ganz Deutschland durchschnittlich 57,61 Stellen auf 100 Gefangene kommen, sind es in Baden-Württemberg 48,86 Stellen. Das sei im bundesweiten Vergleich der letzte Platz in der Personalausstattung. Das Defizit, um wenigstens einen „Mittelplatz“ im Bundesvergleich einzunehmen, betrage – alle Laufbahnen betreffend – 472,5 Stellen.

**hat sich bei der Regierungsbildung selbst ergeben: BNN-Korrespondent Roland Muschel** hat in einem Kommentar am 21. Juli 2021 errechnet, „dass seit Amtsantritt des grünen Ministerpräsidenten 2011 die Landesverwaltung von 3.000 auf rund 4.000 Stellen um ein Drittel angewachsen ist.“

Die Anzahl der Staatssekretäre ist nunmehr 2021 von 12 auf 16 Stellen – und damit um 25 Prozent – angestiegen. „Der Personalkörper des Landtags ist allein seit 2016 von rund 200 auf



Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL.

Foto: Landtag-Abgeordnetenprofile

nunmehr über 300 Stellen gewachsen, ein Anstieg um gut 50 Prozent.“

Nun wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass auch der Justizvollzug – nach langen Durststrecken – in den letzten beiden Jahren nicht mehr leer ausgegangen ist und einen Stellenzugang von über fünf Prozent zu verzeichnen hat. Dies geschah in zäher Gemeinschaftsarbeit dank Ex-Justizminister **Guido Wolf** – dank **Landtag** – (und dank **BSBD**).

Insofern können wir uns aber die Landesregierung als sehr erstrebenswertes Vorbild nehmen und darauf hoffen, dass die Großzügigkeit der Landesregierung im Umgang mit sich selbst einfach auf den Justizvollzug übertragen wird; denn auch hier besteht weiterhin großer Personalbedarf – und zweistellige prozentuale Steigerungsraten beim Personal wären schon traumhaft.

Und wenn **Ministerpräsident Winfried Kretschmann** die erweiterte Zahl der Staatssekretäre und erhöhte Mittel für die umgesetzten und erhaltenen Beauftragten sinngemäß damit begründet hat, dass diese als „Kommunikationstransporteur“ zu den Landesbürgerinnen und -bürgern notwendig einzusetzen sind, um die „**Politik des Gehörtwerdens**“ real umsetzen zu können, dann kann sich daran der **BSBD** für seinen Bereich nur voll und ganz anschließen.

Denn gerade in der Resozialisierungspolitik braucht es unbedingt das **gegenseitige „Gehörtwerden“** zwischen Bediensteten und Gefangenen, es bedarf der permanenten Kommunikation als zentraler Bestandteil der Behandlung. Und dass dies bisher nur unzureichend zu praktizieren ist und damit ein klarer Gesetzauftrag teils unerfüllt bleibt, liegt primär am Personalmangel.

Und hier wie dort gilt auch die Ansage des Ministerpräsidenten: gute und rasche Arbeit braucht eben mehr und gutes Personal!

Ein weiteres möchte der **BSBD** noch anmerken: Als sprudelnde Geldquelle könnte sich auftun, dass durch die höhere Zahl an Persönlichkeiten mit hoher Kompetenz und Expertise in der Landesregierung erreicht wird, künftig die **umfangreichen und millionenschweren Beratungsaufträge** an externe und private Beratungsunternehmen und Kanzleien stark zu reduzieren oder möglicherweise ganz darauf verzichten zu können. Die dadurch gewonnenen Mittel könnten dann in die dringlichen und bereits angemeldeten Personal- und Strukturnotwendigkeiten für die den Ministerien direkt zugeordneten unteren Sonderbehörden einfließen.

wok

## Alexander Schmid zu Gast bei Arnulf Freiherr von Eyb MdL

Regelmäßiger Austausch des BSBD mit der CDU-Landtagsfraktion vereinbart

Auch wenn parlamentarische Sommerpause angesagt war, hat dies den Vorsitzenden des AK I - Recht und Verfassung der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Arnulf Freiherr von Eyb MdL, nicht davon abgehalten, den BSBD Landesvorsitzenden Alexander Schmid am 2. August 2021 zu einem Gespräch in den Landtag einzuladen, an dem auch Frau Dr. Moser, parlamentarische Beraterin der CDU-Fraktion, teilnahm.



(v. l.) Frau Dr. Moser,  
Landesvorsitzender  
Alexander Schmid,  
Freiherr von Eyb MdL

Foto: BSBD LV BW

Im ersten Teil des mehr als zweistündigen Gesprächs stellte **Alexander Schmid** die Ergebnisse der internen Analyse des aktuellen Koalitionsvertrages durch den **BSBD** im Detail vor. Er erneuerte hierbei die Auffassung des **BSBD**, dass das Projekt der sogenannten **Parkraumbewirtschaftung** im Justizvollzug aufgrund der besonderen dort geltenden Rahmenbedingungen schlicht deplatziert sei. Außerdem verdeutlichte er, dass der **BSBD** sich vollumfänglich der Kritik des **BBW** an möglichen Gedankenspielen und Plänen zu „**Hamburger Modell und Bürgerversicherung**“ und dem geplanten „**Antidiskriminierungsgesetz**“ anschließe.

Es sei ein großer Erfolg, als einziges Bundesland für den Justizvollzug die **freie Heilfürsorge** eingeführt zu haben und über die Beihilfe sowie die PKV als zweite Säule zu verfügen. Dies dürfe nicht gefährdet werden. **Schmid** machte auch deutlich, dass es gelte, mögliche positive Entwicklungen bei der Polizei immer auf eine Übertragbarkeit auf den Justizvollzug zu prüfen.

Dies gelte insbesondere bei den Gedanken zur Einführung des **Eingangsamtes A8** und bei der Weiterentwicklung von Zulagen wie der **DUZ** und der „**Gitterzulage**“. Hier sei klarer Handlungsbedarf auszumachen.

Die für den **Justizvollzug im Koalitionsvertrag** geltenden Aussagen auf den Seiten 103 und 104 seien ermutigend: **Überprüfung der Personalausstattung, die Frage nach Ausbildungsplatzkapazitäten, Erhalt und Ausbau des offenen Vollzuges, Anpassung der Stellenobergrenzenverordnung und der Besoldungsstruktur sowie ein Bauprogramm mit Blick auf den Neubau der JVA Rottweil, ein Justizvollzugs Krankenhaus auf dem Gelände der JVA Stuttgart und den Masterplan bei der JVA Adelsheim** seien so auch auf der Agenda des **BSBD** zu finden. Ergänzt werden müsse die Liste aber unbedingt um eine **bauliche Neukonzeption des Bildungszentrums**.

Hier macht sich der **BSBD** ganz klar für eine zentrale „**Ein-Standort-Lösung**“

stark, die auch in Bezug auf die Unterbringung und die technischen und sonstigen Lösungen als zukunftsfähig bezeichnet werden kann. Es gelte, die Übergangslösung der aufgesplitterten Ausbildungslandschaft auch wirklich nur eine Übergangslösung sein zu lassen. **Schmid** regte daher an, seitens der **CDU** das Gespräch mit Auszubildenden vor Ort zu suchen, um von den Betroffenen selbst zu hören „wo der Schuh drückt“.

Im zweiten Teil des Austausches wurde thematisiert, welche Anliegen der **BSBD** im Hinblick auf den **Einzelhaushalt 2022**, der natürlich nur bedingten Handlungsspielraum zulassen wird, hat. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Fraktionen sich in der Regel unmittelbar nach der Sommerpause mit den Haushaltswünschen der Ressorts beschäftigen und es der **CDU** wichtig sei, zu hören, was die Strafvollzugsgewerkschaft **BSBD** für Prioritäten sehe.

**Alexander Schmid** machte deutlich, dass es insbesondere gelte, die derzeit noch vorhandenen **130 kw-Stellen**, die laut Koalitionsvertrag (S. 14 f.) zum Jahresbeginn 2022 zu streichen wären, erhalten bleiben müssen. Es handle sich um 50 Anwärterstellen und 80 Stellen nach A7, die zur Sicherstellung der Ausbildungskapazitäten sowie durch Weiterbetrieb und Ausbau bestehender Einrichtungen – beispielhaft der Weiterbetrieb von Bau 1 der JVA Stuttgart – zwingend erforderlich seien. Mit Blick auf die näher rückenden Inbetriebnahmen der sogenannten **Modulbauten** an den Standorten Heimsheim, Ravensburg und Schwäbisch-Hall sei es notwendig sicherzustellen, dass das erforderliche Personal aller Laufbahnen vorhanden sei. Dies bedeute, jetzt einzustellen und auszubilden, nachdem



**Aus dem Vollzug, für den Vollzug!**

Gewerkschaft Strafvollzug

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

[www.bsbd.de](http://www.bsbd.de)

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker** Seit 1997

**Unser Versprechen:** „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.  
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de** • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**  
Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälath-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



bereits erste Einstellungen für die Modulbauten im Doppelhaushalt 2020/21 erfolgen konnten. Hier sehe der **BSBD** einen Personalbedarf von ca. 100 Neustellen, der auch eine erste Personalzu- teilung mit Blick auf den Erweiterungs- bau bei der JVA Ravensburg, wo ca. 93 neue Haftplätze vorgesehen sind, abde- cken müsse. Dritter Forderungsblock sei der Einstieg in die Umsetzung der Empfehlungen aus den beiden **Arbeits- gruppen „Medizinkonzept“** und **„Mo- derner Strafvollzug“** der Regierungs- fraktionen. „Nachdem die Ergebnisse und Empfehlungen der Arbeitsgruppen eine positive Berücksichtigung im Ko- alitionsvertrag gefunden haben, gilt es nun auch, schrittweise zu liefern“, so **Alexander Schmid**. Hierzu bringt der **BSBD** ca. 50 Neustellen in Ansatz, wobei auch bestehende sozialtherapeu- tische Konzeptionen an verschiedenen Standorten gestärkt werden sollten. So- zialtherapie braucht einen förderlichen baulichen und personellen Rahmen, meint der **BSBD**.

Zum Ende seiner Ausführungen rich- tete der **BSBD**-Vorsitzende seinen Blick auf die Notwendigkeit, die Fortschritte im Bereich der **Stellenhebungen und Stellenbewertungen**, die im Doppel- haushalt 2020/21 deutlich gemacht worden waren, weiter zu betreiben. Die Konsolidierung muss gefestigt weiter- gehen.

Nach Einschätzung von **Alexander Schmid** könnten hierzu erneut Mittel aus der Personalbudgetierung in Ansatz gebracht werden und dies somit für den Haushalt 2022 kostenneutral gestaltet werden. Wichtig sei es dem **BSBD**, dass es sich um ein möglichst breit aufge- stelltes Hebungsprogramm handle, da in vielen Bereichen Handlungsbedarf ausgemacht worden sei.

**Freiherr von Eyb, der mit vielen Zwischenfragen und Anmerkungen das Gespräch sehr bereicherte und sich zunehmend als guter Kenner der Materie Strafvollzug erwies, sagte Alexander Schmid zu, die Gedanken und Anregungen des BSBD aufzuneh- men und in die weiteren Beratungen innerhalb der Fraktion mit einzu- bringen. Er sehe klar die Notwen- digkeiten, müsse aber auch auf die engen finanziellen Spielräume des Einzelhaushaltes hinweisen. Diesen Realitäten gelte es sich nicht zu ver- schließen.**

Beide Seiten vereinbarten einen zu- künftigen regelmäßigen Austausch zu etablieren und damit dem Strafvollzug weiterhin eine starke Stimme innerhalb der **CDU**-Fraktion zu geben.

als/tem

## Neuer Landtag – neue Regierung – neue (und alte) Kontakte

**Bereits nach der Landtagswahl und während der Koalitionsverhandlungen, besonders aber nach der Ver- eidigung der Regierungsmitglieder hat Landesvorsitzender Schmid nicht geruht, sondern intensiv seine Fühler ausgestreckt, um politische Persön- lichkeiten für Kontaktaufnahmen zu gewinnen.**

Die Lösungen von Problemen des Jus- tizvollzugs im Lande sind zwar auf einen guten Weg gelangt und haben Fortschritte sowie Erfolge erzielt, was ebenso durch viele Kontakte – ganz besonders mit dem früheren Justizmi- nister **Guido Wolf** – zustande gekom- men ist. Der **BSBD** will auf diesem Pfad unbedingt fortschreiten, denn es sind noch viele Baustellen im Vollzug zu bearbeiten, damit eine standfeste und belastbare Gebäudestruktur entstehen kann, die auch sehr widrige Einflüsse aushält.

Konkret waren die Anschreiben des Landesvorsitzenden an die Fraktionen getragen von den Gedanken über die künftigen Entwicklungen des Justiz- vollzugs im Lande. Der Fokus bei den Kontakten sollte die Frage sein, wie die speziellen Ideen und notwendigen Maßnahmen im Vollzug in die Pla- nungen zum Landeshaushalt 2022 ein- gebracht werden können, die ja späte- stens nach der Sommerpause beginnen werden.

- Über den guten Kontakt zur neuen **Justizministerin Marion Gentges MdL (CDU)** haben wir bereits berich- tet, wozu auch in diesem Heft ein aus- führlicher Artikel erschienen ist.
- Ebenso hat ein längeres Gespräch mit **Arnulf Freiherr von Eyb MdL (CDU)** und **Dr. Corinna Moser** – beide vom „Arbeitskreis Inneres, Digitalisierung und Migration“ – stattgefunden; auch hierüber wird in diesem Heft infor- miert.

\*\*\*\*

- Zu der oben gestellten Frage hat der **Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN – Andreas Schwarz MdL** – dem Landesvorsitzenden **Schmid** persön- lich – wie folgt – geantwortet (Aus- zug):

\*\*\*\*

*Sehr geehrter Herr Schmid, vielen Dank für Ihre herzlichen Glück- wünsche zu meiner Wahl in den Land- tag von Baden-Württemberg. ... Für Ihre inhaltlichen Impulse zu den an- stehenden Verhandlungen danke ich Ih-*



**Andreas Schwarz MdL**

*nen sehr. Sie sind für uns sehr hilfreich und wir nehmen sie gerne mit in den weiteren Prozess....*

*Die inhaltlichen Zuständigkeiten werden in der neuen grünen Landtagsfraktion nach der Regierungsbildung im Mai neu vergeben.*

*Gerne dürfen Sie dann Kontakt mit den neuen zuständigen Abgeordneten auf- nehmen – meine Fraktion steht Ihnen auch weiterhin gerne als Gesprächs- partnerin zur Verfügung.*

*Ich freue mich auch in der neuen Wahl- periode auf gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.*

*Mit freundlichen Grüßen*

**Andreas Schwarz MdL**

*Fraktionsvorsitzender*

\*\*\*\*

- Ebenso hat der spätere Fraktionsvor- sitzende der **CDU – Manuel Hagel MdL** – dem Landesvorsitzenden eine persönliche Mitteilung zugesandt:



**Manuel Hagel MdL**

*Sehr geehrter Herr Schmid, vielen Dank für Ihre Nachricht..., mit der Sie uns die Positionen des Bundes der Strafvollzugsbediensteten... übermittelt*

haben.... Wir sind uns bewusst, dass wir für stabile und verlässliche Verhältnisse in der Verantwortung stehen und fühlen uns dem Gemeinwohl besonders verpflichtet.

In dieser Aufgabe sehen wir die Verbände, Institutionen und Interessenvertreter als wichtige Partner an.

Wir wissen daher Ihr Engagement sehr zu schätzen und danken Ihnen für Ihre konstruktive Unterstützung.

Für einen weiteren Austausch stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße  
**Manuel Hagel MdL**  
Generalsekretär

\*\*\*\*

Als besonders bedeutsam ist die Kontaktaufnahme zu der neuen

- **Vorsitzenden des wichtigen Arbeitskreises „Recht und Verfassung“ (AK I der GRÜNEN) – Daniela Evers MdL**



Daniela Evers MdL



Simon Letsche, Justiziar

sowie zu dem

- **Justiziar der GRÜNEN Landtagsfraktion – Simon Letsche – anzusehen.**

Ein fester Gesprächstermin ist bereits am 18. Oktober 2021 in Stuttgart vereinbart. Hierzu hat Alexander Schmid als vorläufige Themen genannt:

- Wir lernen uns – es gibt ja einige neue Gesichter – kennen.
- Ein Blick des BSBD auf den Koalitionsvertrag aus Sicht des Justizvollzuges.
- Ideen und Notwendigkeiten zum

Haushalt 2022 aus Sicht des Justizvollzuges/BSBD.

Bei dieser Verbindung zu den GRÜNEN wird mit Sicherheit auf die noch jungen Erinnerungen an die vielfältigen und fruchtbaren Gespräche mit dem bisher beauftragten Abgeordneten **Jürgen Filius** zurückgeblickt werden – und dem **BSBD** Landesvorstand wird viel daran gelegen sein, dabei eine nahtlose und nachhaltige Fortsetzung anschließen zu können.

\*\*\*\*

- Auch mit der **SPD** – wenn auch, oder gerade weil – Oppositionspartei haben regelmäßige Kontakte zur Problematik „Justizvollzug“ stattgefunden.

Gerade der Abgeordnete und **Strafvollzugsbeauftragte Jonas Weber MdL** hat immer wieder in (Kleinen) Anfragen an die Landesregierung Personal- und Strukturprobleme im baden-württembergischen Justizvollzug thematisiert und damit die Anliegen des **BSBD** wirksam unterstützt, indem sie zum Gegenstand politischer Diskussion geworden sind.



Jonas Weber MdL



Simone Geßmann, Beraterin

Vor diesem Hintergrund ist auch mit der **SPD** bereits ein Gesprächstermin am 30. September 2021, um 10.00 Uhr, vereinbart, an dem voraussichtlich **Jonas Weber MdL** und **Simone Geßmann**, die Beraterin für **Recht, Verfassung, Medienpolitik** teilnehmen werden.

Hierzu hat Landesvorsitzender **Schmid** zunächst folgende Themen angemeldet:

- Koalitionsvertrag aus Sicht des Justizvollzuges bzw. des **BSBD**,
- Einzelhaushalt 2022 – was muss aus Sicht des **BSBD** dort verankert sein?
- Jahresarbeitszeiten im Justizvollzug – Kleine Anfrage der **SPD**-Fraktion,
- Beförderungswartezeiten in den mittleren Diensten,
- Ergänzend: interne **BSBD**-Einblicke zu „Parkraumbewirtschaftung“ und „Antidiskriminierungsgesetz“.

\*\*\*\*

- Mit der neuen **Abgeordneten der FDP-Fraktion Julia Goll MdL** gab es einige kurze informelle Kontakte.



Julia Goll MdL

**Goll** ist für die Fraktion Sprecherin für Innenpolitik, für internationale Politik und **Strafvollzugsbeauftragte**.

Der **BSBD** ist schon von vornherein erfreut und gespannt auf die Begegnungen mit **Frau Goll**, da sie sicher fundiertes und umfassendes Fachwissen zum Justizvollzug in Baden-Württemberg abrufen kann. Denn die Abgeordnete ist nicht nur Richterin am Landgericht Stuttgart, sondern sie ist auch mit **Professor Ulrich Goll**, ihrem Vorgänger als **FDP**-Abgeordneter des Wahlkreises Waiblingen und dem ehemaligen langjährigen Justizminister von Baden-Württemberg, verheiratet.

\*\*\*\*

- Aus gutem Grund hat der **BSBD**-Landesvorsitzende auch einen ersten Kontakt zu der seit 1. November 2019 amtierenden **Bürgerbeauftragten Beate Böhlen** des Landes BW aufgenommen. Sie ist die Nachfolgerin von **Staatsrätin a.D. Gisela Erler**, mit der der Vorsitzende **Schmid** gemeinsam am runden Tisch der **Beteiligungsguppe** zur Planung und Gestaltung der neuen **JVA Rottweil** gesessen hat. Diese von **Frau Erler** als „Leuchtturm“ der Bürgerbe-



Foto: www.buergerbeauftragte-bw.de

Beate Böhlen, Bürgerbeauftragte BW

teilung bezeichnete Gruppe hat beim BSBD allerdings eine deutlich kritischere Beurteilung hinterlassen. Die nun berufene Beauftragte **Beate Böhlen (GRÜNE)** war zuvor seit 2011 für den Wahlkreis Baden-Baden im Landtag und daselbst Vorsitzende des Petitionsausschusses.

Allgemein ist anzumerken, dass die von der Landesregierung vorgeschlagene und vom Landtag für acht Jahre gewählte Bürgerbeauftragte Ansprechpartnerin für alle Bürgerinnen und Bürger bei Problemen im Umgang mit Behörden des Landes ist. Sie unterstützt sie im Dialog mit der Polizei und wirkt darauf hin, dass begründeten Beschwerden abgeholfen wird. Die Bürgerbeauftragte ist auch zuständig für Eingaben aus dem innerpolizeilichen Bereich.

**Alexander Schmid** hat sich bei **Frau Böhlen** als Vorsitzender der Fachgewerkschaft für den Strafvollzug in Baden-Württemberg und als Mitglied des Hauptpersonalrates beim Justizministerium vorgestellt.

Er hat dargetan, dass er die Expertise des **BSBD** als dem Sprachrohr des Justizvollzuges und seiner Beschäftigten mit einbringen könnte.

Von besonderer Bedeutung wird dieser Kontakt sein, wenn es um die Ausgestaltung und Abfassung des Gesetzestextes zum neu zu schaffenden „Hinweisgeberschutzgesetz“ oder zum „Antidiskriminierungsgesetz“ gehen wird.

Dabei ist dem **BSBD** – wie auch dem **BBW** – völlig klar, dass ein solches Landesgesetz nicht mehr aufzuhalten sein wird, ja, dass es aufgrund der EU-Vorgabe bald kommen muss.

**Die Beamtenvertretungen des Landes werden aber alles daran setzen, problematische und sich für Bedienstete nachteilig auswirkende Gesetzesbausteine – wie z. B. die Beweislastumkehr – zu verhindern.**

wok ■

Fotos (soweit nichts anderes vermerkt): Landtag BW – Abgeordnetenprofile

## Umstrittene Projekte der neuen Landesregierung und Sicht der Beamtenverbände

Der BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid hat Passagen des Koalitionsvertrags der Landesregierung und die öffentliche Berichterstattung in vielen Medien zu dem umstrittenen Problemfeld „Whistleblower“ zum Anlass genommen, seine Sicht zum vorgesehenen „Hinweisgeberschutzgesetz“ oder „Antidiskriminierungsgesetz“ des Landes Baden-Württemberg im folgenden pointierten Leserbrief darzulegen (veröffentlicht im STAATSANZEIGER, Politik & Verwaltung, Freitag, 21. Mai 2021, Seite 4):



STAATSANZEIGER

### Enttäuschendes Signal des Misstrauens

Leserbrief Alexander Schmid, Bund der Strafvollzugsbediensteten

Zum Artikel „Beamtenbund und Polizeigewerkschaft sind gegen Gesetz“ vom 7. Mai erhielten wir folgendes Schreiben:

„Ich bin tief enttäuscht und verunsichert, dass ich nach 40 Jahren öffentlichem Dienst, davon mittlerweile 30 Jahre im Justizvollzug, nun mittelbar erfahre, dass es wohl ein Gesetz braucht, damit der Diskriminierung durch Beschäftigte des öffentlichen Diensts Einhalt geboten werden kann. Es wird damit auch vorhandenen vielfältigen – wie ich meine bestens funktionierenden Kontrollstrukturen, die schon jetzt dafür Sorge tragen, dass Einzelfälle auch sanktioniert werden, ihre Wirksamkeit und Kompetenz abgesprochen. Ich mag mir nicht vorstellen, wie sich in der besonderen Arbeitswelt des Justizvollzugs mit seinen täglichen kritischen Situationen ein solches Signal des Misstrauens und des Generalverdachts auswirken wird. Werden meine Kolleginnen und Kollegen dann zum Freiwild für beschwerdefreudige Inhaftierte, die solch ein Gesetz und dessen Möglichkeiten dann gegen das System und unbeliebte (weil konsequente) Beamte instrumentalisieren könnten? Ist das der Dank für unsere Arbeit (...)?

Wird sich nicht jeder Beschäftigte zukünftig zweimal überlegen, ob er eine (angezeigte und notwendige) Sanktion überhaupt noch androht oder gar umsetzt, wenn er sofort mit der „Keule des Diskriminierungsvorwurfs“ konfrontiert wird?

Wird es da nicht einfacher, die Augen zu verschließen und sich nicht dieser Gefahr auszusetzen? Aber was muss jemanden am fernen und sicheren Schreibtisch all das interessieren (...), das Fußvolk wird es schon schlucken? Eine Lehrstunde in Sachen „Wie erzeuge ich Politikverdrossenheit und treibe Menschen in die Arme falscher Propheten“, so meine ich.

Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen.

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.



Foto: BSBD LV BW

BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid.

**I**n gleicher Weise wurde dieses Thema auch auf der Landeshauptvorstandssitzung des Beamtenbundes Baden-Württemberg am 5. Mai 2021 behandelt.

Um die hohe Bedeutung der gewerkschaftlichen Vernetzung und solidarischen Kooperation zu dokumentieren, war es für den **BSBD** nur selbstverständlich, dass zu dieser virtuellen Sit-

zung des **BBW**-Landeshauptvorstandes auch die **BSBD**-Delegierten **Alexander Schmid**, **Barbara Reber**, **Frank Maertins**, **Lars Rinklin**, **Philipp Weimann** und **Andreas Rothböck** mit anwesend waren.

**Philipp Weimann** ist als Delegierter der **BBW** Jugend und **Andreas Rothböck** als Kassenprüfer des **BBW** stimmberechtigt vertreten.

**Nachstehende Pressemitteilung hat der BBW am 05.05.2021 zum heute vorgestellten Koalitionsvertrag herausgegeben (Auszug):**



**BBW spricht von tiefem Misstrauen gegenüber dem öffentlichen Dienst und seinen Beschäftigten**

Der **BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW)** nimmt mit Befremden Tendenzen im heute (05.05.2021) vorgestellten Koalitionsvertrag wahr, die jegliche Wertschätzung gegenüber öffentlich Beschäftigten vermissen lassen.

„Diese Koalitionsvereinbarung vermittelt tiefes Misstrauen gegenüber dem öffentlichen Dienst und seinen Beschäftigten“, kommentiert **BBW-Chef Kai Rosenberger** das Vertragswerk der grün-schwarzen Koalitionäre.

Seine Organisation habe keinerlei Verständnis dafür, dass man ausgerechnet in Pandemie-Zeiten die Loyalität derjenigen in Frage stelle, die das öffentliche Leben am Laufen halten.

Äußerst kritisch bewertet der **BBW** das beabsichtigte Landesantidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild. Mit einem solchen Gesetz stelle man ohne Not alle Beamtinnen und Beamte samt den Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst unter Generalverdacht.

„Das werden wir nicht tatenlos zulassen“, kündigte Vorsitzender **Rosenberger** an. Er kann sich dabei auf den uneingeschränkten Rückhalt des

**BBW-Landeshauptvorstands** stützen, der heute tagt.

Anders als gewisse **DGB-Gewerkschaften** sind die Delegierten mit ihrem Vorsitzenden der übereinstimmenden Meinung, dass man öffentlich Beschäftigte vor einem Antidiskriminierungsgesetz schützen muss.

**BBW-Chef Rosenberger** nennt einen weiteren Grund: „Wenn man öffentlich Beschäftigte unter Generalverdacht stellt, unterläuft dies alle Bemühungen, um Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte einzudämmen.“



Foto: BBW Beamtenbund Tarifunion

**BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger.**

Weitere bedeutsame und problematische Themen bei dieser zweiten virtuellen Landeshauptvorstandssitzung des **BBW** mit über einhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren die aktuellen Entwicklungen in der Landespolitik; hierzu gehörten:

- Analyse der Landtagswahl 2021 mit einem besonderen Blick auf das Wahlverhalten des öffentlichen Dienstes,
- Situation bei den Finanzen des Landes Baden-Württemberg und der sich damit ergebende finanzielle Handlungsspielraum für die Landesregierung,
- Umsetzung der beiden Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020, bei denen es um die verfassungskonforme Besoldung der Beamtinnen und Beamten geht,
- Inhalte und Bedeutung der Landtagsdrucksache 16 / 9980 zur Thematik Krankenversicherung der Beamtinnen und Beamten im Hinblick auf das sogenannte Hamburger Modell.

\*\*\*

*(Zu den weiteren Inhalten wird auf die Berichterstattung im BBW-Magazin, welches sowohl online wie auch als Printversion verfügbar ist, verwiesen.)*

**Hintergrund:**

Bereits im den **VOLLZUGSDIENSTEN 6/2020 (S. 12ff.)** und **1/2021 (S. 8ff.)** haben wir ausführlich über Planungen und Entwürfe zum „Hinweisgeberschutzgesetz“ berichtet.

Der im Spätjahr 2020 von Bundesjustizministerin **Christine Lambrecht (SPD)** aufgelegte Gesetzesentwurf steht in enger Verbindung mit der einschlägigen EU-Richtlinie vom 1. Oktober 2019, in der auf 36 Seiten Empfehlungen des EU-Ministerkomitees über den Schutz von Whistleblowern niedergelegt sind.

Diese Vorgaben beziehen sich aber ausschließlich auf EU-Recht und haben insbesondere die sehr umfangreichen EU-Finzen im Blick; sie haben insoweit besonders Subventionsbetrügereien, Veruntreuung und Zweckentfremdung von EU-Geldern, Korruption u.ä. im Visier. Die Richtlinie weist auch darauf hin, dass sie in nationales Recht zu übernehmen ist und dass sie Deutschland – wie andere EU-Länder auch – bis Dezember 2021 umsetzen müssen. Dabei geht der deutsche Gesetzesentwurf nunmehr – offenbar in weit vorseilendem Gehorsam – über die EU-Empfehlungen hinaus.

Denn solch groß-dimensionierten Sachverhalte mit delinquenter Prägung, speziellem Täterhandeln und Schadenssummen – wie in der EU-Richtlinie beschrieben – sind in deutschen Behörden, Betrieben und anderen Einrichtungen nicht zu erwarten und auch kaum vorstellbar.

**Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

**0800 - 1000 500** Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.  
**Seit über 40 Jahren.**

**NEUER exklusiver Beamtenkredit** - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

**2,50%** echter Vorteilszins  
effektiver Jahreszins

**SUPERCHANCE** um teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen**

Repr. Beispiel gemäß §6a PangV (2/3 erhalten): **50.000 €**,  
Lzf. 120 Monate, **2,50%** eff. Jahreszins, fester Sollzins  
2,47% p.a., mtl. Rate **470,70 €**, Gesamtbetrag **56.484,- €**  
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Exklusivzins  
sehr gut

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Tel: (0621) 178180-0  
info@ak-finanz.de  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

## Hohes Interesse am Jugendstrafvollzug

MdB Cem Özdemir – erneut zu Besuch in der JVA Adelsheim – BSBD mit am Tisch

Bereits Ende des letzten Jahrtausends hatte Cem Özdemir, damaliger innenpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion, die baden-württembergische Jugendvollzugsanstalt erstmals besucht. 2010 hatte der ausgebildete Erzieher und studierte Sozialpädagoge die JVA mit einer Lesung und zwei Klassensätzen seines kritischen Sachbuchs „die Türkei“ unterstützt, nun kam der baden-württembergische Spitzenkandidat der Grünen wieder zu einem dreistündigen Informationsbesuch in die JVA Adelsheim.

Regierungsrätin **Stefanie Wagner**, Verwaltungsleiter **Klaus Brauch-Dylla**, Vollzugsdienstleiter **Marc Unangst** und **Cem Eligül**, der Geschäftsführer der Ausbildungs- und Arbeitsbetriebe der JVA, hießen ihn sowie die Anstaltsbeiräte **Ralph Gaukel** und **Wolfram Bernhardt** herzlich willkommen und sie schilderten die Entwicklungen und Veränderungen des Jugendstrafvollzuges im vergangenen Jahrzehnt. Die statistischen Übersichten des kriminologischen Dienstes zeigten eine deutlich rückläufige Zahl an Inhaftierungen und eine erheblich heterogenere multiethnische Belegung sowie eine größere Anzahl von Verurteilungen aufgrund von Gewaltanwendung oder -androhung. Schwierige biographische Hintergründe, Gewalterfahrungen, geringe beruflich-schulische Erfolge vor der Inhaftierung und vielfache Suchtproblematiken betreffen die Jugendlichen, wie auch bereits in der Vergangenheit. Ebenso wurden die Auswirkungen der Hofgangsschlägerei vom August 2014, die in Folge getroffenen organisatorischen Veränderungen und die langwierigen Auswirkungen auf die Anstaltskultur thematisiert. Zuletzt veränderten die Einschränkungen durch die Pandemie den Vollzugsalltag in den vergangenen 15 Monaten gravierend.

Während in der vergangenen Legislaturperiode signifikante Verbesserungen in der Personalausstattung und den Beförderungsmöglichkeiten im Justizvollzugsdienst erzielt wurden, besorgt der bauliche Zustand der Anstalt seit langem die Verantwortlichen. Den dringenden Renovierungsbedarf benannte auch **Cem Özdemir** deutlich als unübersehbar. „Anfang der Siebziger hat das Land dem damaligen Baustil entsprechend gebaut, da muss dringend was passieren“ bestätigte er die Sicht der

Anstaltsleitung. Dass es gelungen sei, die Umsetzung des Masterplans expressis verbis im baden-württembergischen Koalitionsvertrag festzuschreiben, sei eine sehr deutliche Anerkennung des Sanierungsbedarfs. Auch die Mitarbeit von Anstaltsleiterin **Katja Fritsche** in der AG „Moderner Strafvollzug“ der Regierungsfractionen habe Spuren im Koalitionsvertrag hinterlassen.

In einer Diskussionsrunde mit den Vertreter\*innen aller Fachdienste, des Personalrats und des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) traf **Özdemir** dann mit dem versammelten Sachverstand der JVA im Gottesdienstraum der Anstalt zusammen.

Von einem Mitarbeiter des Kriminologischen Dienstes wurde grundlegend angemerkt, dass in Öffentlichkeit und Politik häufig der Eindruck erweckt werde, dass der Jugendstrafvollzug vor allem aus Sexualstraftätern und Mördern bestehe, während wegen solcher Kapitaldelikte im Jahr 2020 gerade

in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kriminalität der Jugendlichen stünden, zu mildern, sei der Auftrag des Jugendstrafvollzugs. Dies könne nur gelingen, wenn ein realistisches Bild des Jugendstrafvollzugs gezeichnet werde, das eben nicht durch das Bild des gefährlichen Verbrechers geprägt werden dürfe.

Genau dazu diene auch sein Besuch, erläuterte **Cem Özdemir**. Obwohl er inzwischen fachpolitisch in anderen Bereichen verantwortlich sei, habe er aufgrund seiner beruflichen Wurzeln ein tiefes Interesse am Erziehungsvollzug und mache sich gerne ein unmittelbares Bild.

„Ich will zu guten Haftbedingungen für die Jugendlichen und gleichermaßen guten Arbeitsbedingungen für Sie als Bedienstete in Ihrer herausfordernden Aufgabe beitragen!“

Er bot seine größtmögliche Unterstützung an, um die Realisierung des Masterplans und den Neubau von Wohn-



MdB Cem Özdemir (5.v.rechts)  
in großer Begleitrunde.  
Foto: JVA Adelsheim

mal elf Verurteilte (4,5%) aufgenommen worden seien. Die durchschnittliche Haftdauer von einem Jahr sowie die überwiegende Verurteilung wegen schädlicher Neigungen, und nicht aufgrund der Schwere der Taten, sprächen gegen die These der zunehmenden Verrohung und widerlegten die grassierenden populistischen Dramatisierungen.

Es sei deutlich, dass die meisten Jugendstrafgefangenen einer stark benachteiligten Gesellschaftsschicht entstammten und die Ressourcen in Form von Bildung, materieller Ausstattung, aber auch emotionaler Anbindung deutlich reduziert seien im Vergleich zu Gleichaltrigen aus anderen Gesellschaftsschichten. Diese Defizite, die

gruppen, wie er gesetzlich geboten sei, voran zu bringen.

Dass Wohngruppenvollzug, der in der JVA Adelsheim seit fünf Jahren in einem zweigruppigen Hafthaus mit finanzieller Unterstützung der Landesstiftung durchgeführt wird, eine deutliche Reduktion der sozialen Auffälligkeiten und insbesondere der Gewaltvorfälle erreicht, belegte wiederum die kriminologische Forschung. So konnten Vorfälle mit erheblichen verbalen und körperlichen Auseinandersetzungen um 90 % gegenüber der Situation vor Projektbeginn vermindert werden. Diese Erfolge des Wohngruppenvollzugs erforderten jedoch mehr Fachpersonal und entsprechende räumliche Gegebenheiten. Bei

beiden Punkten habe der Jugendstrafvollzug im Land im Vergleich z. B. mit Hessen deutlichen Nachholbedarf.

Auf problematische Werthaltungen wie signifikant höhere Homophobie und Antisemitismus sowie einem ausgeprägten Desinteresse an politischem Engagement bei den Gefangenen reagiert die Anstalt nun mit einer politischen Bildungswoche im August, die sich der Abgeordnete von Freizeitpädagogin **Tamara Burger** skizzieren ließ. Danach setzte sich **Cem Özdemir** mit den beiden gewählten Insassensprechern zusammen, wobei besonders

Corona Thema war und die Sehnsucht nach Normalisierung von Besuchsmöglichkeiten, teilweise aber auch verbreitete Impfskepsis unter den Gefangenen, für die die JVA momentan ein Impfanbot organisiert. „Politische Bildung und Beteiligung, die Vertretung der eigenen Interessen sind ganz wichtig – gut, dass die Insassenvertretung funktioniert und von der Anstalt unterstützt wird. Die politische Projektwoche finde ich eine super Sache. Bei so was dürfen Sie mich in Zukunft gerne mal ansprechen“ so der Abgeordnete und er wünschte „gutes Gelingen“. **Özdemir**

resümierte: „Ein absolut informativer Besuch. Auch das Engagement Ihrer Mitarbeitenden hat mich wirklich beeindruckt.“

**Kai Kretschmer**, Ortsvorsitzender des Gewerkschaft **BSBD**: „Dass Herr **Özdemir** zum wiederholten Male in der JVA Adelsheim zu Gast war zeigt, welcher hohen Stellenwert der Justizvollzug mittlerweile einnimmt. Er hat sich den Sorgen und Nöten der Kolleg\*innen mit großem Interesse gestellt und versucht, Antworten hierzu zu finden. Das macht Mut für die Zukunft.“

*Klaus Brauch-Dylla/wok* ■

BSBD-Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst:

## Erwartungen an Politik und Landesverwaltung formuliert

**Auf der Basis einer während der Fachgruppentagung gehobener Verwaltungsdienst am 30.04.2019 in Karlsruhe entwickelten Prioritätenliste wurde von Mitgliedern dieser Fachgruppe ein Strategiepapier entwickelt.**

Unter der Leitung der **Fachgruppen-sprecherin Elfriede Ensle-Bohn** und der wichtigen **redaktionellen Mitarbeit** durch Kollegen **Heiko Oberle** hat die **Fachgruppe des gehobenen Verwaltungsdienstes des BSBD ein Positionspapier erarbeitet, welches wichtige Impulse und Gedanken zur Weiterentwicklung des gehobenen Verwaltungsdienstes im Justizvollzug darstellt.** Der Landesvorstand hat dies sehr begrüßt. Landesvorsitzender **Alexander Schmid** hat das Papier inklusive Gesprächsangebot bereits der Ministerin der Justiz und für Migration **Marion Gentges MdL** zugestellt.

Das Positionspapier ist in die 3 Bereiche

- **Personalgewinnung,**
- **Verwendung und Erfahrungsbreite** sowie
- **Fortbildung und Qualifizierung** gegliedert.

Im **ersten Teil** wird angeregt, um das Interesse am Vollzug bei den Absolventen/-innen der Hochschule für Rechtspflege wecken zu können, den Dienst im Justizvollzug zu einer **Wahl-/Pflichtstation** im Rahmen eines Dienstleistungsauftrages während der Praxiszeit des Studiums zu bestimmen. In Zeiten schwieriger Personalgewinnung und größer werdender Wiederbesetzungsprobleme sollte die gehobene Laufbahn im Vollzug nicht nur für Abgänger/-innen der Hochschule für Rechtspflege eröffnet werden, sondern auch für Absolventen anderer geeigneter Laufbahnen des gehobenen Verwaltungsdienstes (z. B. Hochschulen für öffentliche Verwal-

tung in Kehl und Ludwigsburg) sollte der Zugang erleichtert werden.

Da die Aufgaben des gehobenen Verwaltungsdienstes im Justizvollzug ständig an Komplexität und Verantwortung gewinnen, etwa durch Delegation von Aufgaben und Zuständigkeiten von der Aufsichtsbehörde an die einzelnen Justizvollzugsanstalten, durch die wachsende Rechtsprechung, aber auch durch die zunehmende Beschwerdefreudigkeit von Gefangenen als auch Mitarbeitern beschäftigt sich **Teil 2** des Papiers u. a. damit, wie sich die Veränderung des beruflichen Anspruches künftig deutlicher bei **Stellenbewertungen** und **Beförderungen** widerspiegeln kann: Das Eingangssamt für die Mitarbeiter/innen des gehobenen Verwaltungsdienstes soll bei A 11 angesetzt werden. Auch sollen künftig alle Stellen des gehobenen Verwaltungsdienstes in Besoldungsgruppe A 13 oder – neu – in A 13 + Z ausgewiesen werden und die Verwaltungsleiter der großen Anstalten entsprechend ihrer Verantwortung bis in BesGr A 15 befördert werden können; die Verwaltungsleiter kleinerer Anstalten oder Mitarbeiter/innen der Verwaltungsleitungen bis A 14. Zudem sollen die Beförderungswartezeiten

justizintern, aber auch im Vergleich mit kommunalen Arbeitgebern und der Bundesverwaltung nivelliert werden, um bestehende Abwanderungsbewegungen aus rein monetären Gründen künftig zu verhindern.

Im **letzten Teil** wird u. a. angeregt, das unverständlicherweise auf die Allgemeinjustiz beschränkte Projekt **„Einzelcoaching in der Justiz“** auszuweiten als Instrumentarium zur Vorbereitung auf Führungsaufgaben, die Mitarbeiter/innen des gehobenen Verwaltungsdienstes ohne Zweifel in den Justizvollzugsanstalten übernehmen. Diese Aufgabe ist zumal für Berufseinsteiger, aber auch nach Übernahme eines neuen, anspruchsvolleren Amtes für viele eine große Herausforderung, die sie aktuell oftmals ohne professionelle Hilfe zu meistern haben. Das Positionspapier greift auch für den mittleren Vollzugsdienst die Startermappe für Berufseinsteiger oder die Qualifizierungsmodule für Führungskräfte als Forderung auf.

**Zusammenfassend will die Fachgruppe das Positionspapier als Entwicklungskonzept und Impulsgeber mit Blick auf neue künftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem aber auch mit Blick auf die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstanden wissen und damit dazu beitragen, Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Laufbahn stärker in den Fokus zu stellen.**

Es wird künftig eine tragende Rolle bei Gesprächen und Verhandlungen des **BSBD** mit der Aufsichtsbehörde und den politischen Entscheidungsträgern im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen der Laufbahn spielen. Eine erste Reaktion des Ministeriums der Justiz und für Migration darauf steht bisher noch aus.

*Elfriede Ensle-Bohn/tem* ■



Fachgruppen-sprecherin  
**Elfriede Ensle-Bohn.**

Foto:  
BSBD-LHVS  
2017

# Resozialisierung in Baden-Württemberg

BSBD-Fachgruppe Sozialdienst bezieht Stellung zur Gesamtkonzeption

Die Gesamtkonzeption zur Resozialisierung in Baden-Württemberg (Übergangmanagement – Nachsorge – Wiedereingliederung) beschäftigt sich mit dem Wiedereingliederungsprozess und der Resozialisierung von Gefangenen sowie den an diesem Prozess beteiligten Akteuren.

Im ersten Teil der Gesamtkonzeption werden grundlegende Informationen zu den einzelnen am Wiedereingliederungsprozess beteiligten Akteuren vermittelt sowie deren Entwicklung, Kooperationen oder Zusammenschlüsse kurz geschildert, wobei auch auf die finanziellen Strukturen dieser Behörden und Vereine eingegangen wird.

Im zweiten Teil: „Voraussetzungen einer erfolgreichen Resozialisierung“ werden konkrete Arbeitsprozesse und Projekte der einzelnen Akteure beschrie-



Foto: FG Sozialdienst

Fachgruppensprecher Sven Brühl.

ben, angefangen von der Sozialarbeit im Justizvollzug, über das Übergangmanagement, die Kooperationsvereinbarung mit freien Trägern, bis hin zur Bewährungshilfe und Führungsaufsicht. Hier wird bereits deutlich, wie breit gefächert die Angebote zur Resozialisierung im Land sind und wie sehr es deshalb einer genauen Verzahnung bedarf, einer Vernetzung, die auf die Optimierung von Schnittstellen zwischen Strafvollzug und ambulanter Nachbetreuung abzielt.

Im dritten Teil: „Grundlagen einer erfolgreichen Resozialisierung“ wird schließlich darauf eingegangen, welche Strukturen gegeben sein müssten, damit eine Zusammenarbeit der einzelnen Akteure überhaupt möglich ist. Weiterhin werden gemeinsame Standards,

gemeinsame Datenverarbeitung und Informationspools vorgeschlagen sowie eine Dienst- und Fachaufsicht als Instrumentarium der Selbstkontrolle.

Die Gesamtkonzeption ist unseres Erachtens der Versuch, ein Resozialisierungsgesetz zu vermeiden bzw. als Ersatz für ein solches eingesetzt zu werden. **Aus diesem Kontext heraus ist die Gesamtkonzeption insgesamt als äußerst gelungen zu bezeichnen.** Es ist hervorragend gelungen, die verschiedenen Akteure der sozialen Arbeit (Sozialdienst in den Justizvollzugsanstalten, Bewährungshilfe, Freie Träger etc.) zu charakterisieren, deren Entstehung und Entwicklung zu skizzieren und deren Aufgaben zu erörtern und zwar in einer bemerkenswert übersichtlichen Art und Weise.

**Deutlich wird aber auch, dass wir es im Land Baden-Württemberg mit einer Vielzahl an heterogenen Freien Trägern in der Straffälligenhilfe zu tun haben, die wiederum unterschiedliche Angebote und Projekte für Gefangene bereitstellen.** Selbst die Kooperation zwischen Bewährungshilfe und Sozialdienst im Justizvollzug ist geprägt durch Unstimmigkeiten und allgemein nicht reibungsloser Verzahnung miteinander.

Die Zusammenarbeit mit Freien Trägern der Straffälligenhilfe ist noch weiter entfernt von einem geordneten System. In der Gesamtkonzeption werden jedoch im dritten Teil Verbesserungsvorschläge erarbeitet, beispielsweise durch die Schaffung eines strategischen Schnittstellenmanagements und durch Strukturierung der Prozessabläufe.

Ebenso wichtig erscheint ein gemeinsamer Datenpool, auf den die verschiedenen Akteure zugreifen können und ein regelmäßiger gemeinsamer Austausch zur Verbesserung des Informationsflusses.

**Der dritte Teil der Gesamtkonzeption, in welchem zukünftige Schritte und Wege aufgezeigt, Handlungsempfehlungen gegeben bzw. zu erreichende Ziele gesteckt werden, ist sicherlich der wichtigste Teil der Gesamtkonzeption und erhält unsere Zustimmung.** Wie hier deutlich wird, ist noch viel zu tun, um die zentrale gesetzliche Aufgabe der Resozialisierung auf einen geordneten und effektiveren Weg zu bringen.

Sven Brühl, Fachgruppensprecher Sozialdienst/tem

## NACHRUF

Unser Ehrenmitglied

### KURT WENNINGER

ist am 26. Mai 2021 im Alter von 85 Jahren verstorben.

Der BSBD-Landesverband trauert um einen allseits anerkannten, hilfsbereiten und geschätzten Kollegen.

Seine Arbeit im Dienst des Justizvollzugs begann Kurt Wenninger im damaligen AVD in der Untersuchungsanstalt Stuttgart. Nach einer Reihe von Stationen war er schließlich Leiter der Abteilung für junge Untersuchungsgefangene.

Danach führte ihn sein Dienstweg in den gehobenen Dienst und er wurde schließlich Verwaltungsleiter in der JVA Heimsheim. Von dort wird ihm bescheinigt, dass er viel Kraft, Zeit und Geduld aufgewandt hat, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Diese hervorragenden Eigenschaften hat er ebenso in seine ehrenamtlichen Tätigkeiten im BSBD Landesverband BW eingebracht.

Im Oktober 1972 wurde er in Asperg zum stellvertretenden Landesvorsitzenden und im Oktober 1979 in Adelsheim zum Ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Nachdem 1994 der Landesvorsitzende Franz Hellstern den BSBD Bundesvorsitz übernommen hatte, folgte ihm Kurt Wenninger im Dezember 1994 als Landesvorsitzender in Baden-Württemberg durch seine Wahl in Rottenburg nach. Dieses Amt an der Spitze des Landesverbands übte er bis April 1998 aus.

Seine hohe Anerkennung, seine Kenntnisse und seine konsequente Haltung führten ihn 1970 als Gründungsmitglied in den Vorsitz des neu eingerichteten Hauptpersonalrats bei der baden-württembergischen Justiz. So war es keine Frage, dass der Landesdelegiertentag in Schwäbisch Hall im Oktober 2000 Kurt Wenninger zum Ehrenmitglied des Landesverbandes ernannte.

Nun wurde Kurt Wenninger am 02. Juni 2021 auf dem Friedhof in Kornwestheim beerdigt.

Wir trauern um unser hochgeachtetes Ehrenmitglied und werden unserem Kollegen ein bleibendes Gedenken in hohen Ehren bewahren.

**BSBD Landesvorstand  
Baden-Württemberg**

Der Ortsverband Rottenburg traute sich landesweit als Erster:

## Hauptversammlung in Präsenz – trotz Einschränkungen

Am 20. Juli 2021 konnte Ortsvorsitzender Roger Stötzer 18 interessierte Mitglieder sowie den Landesvorsitzenden Alexander Schmid im Nebenraum der Kantine der JVA Rottenburg begrüßen.

Ab 16:30 Uhr war zu einem kleinen Stehempfang mit Getränken und Häppchen geladen. Dabei bot sich zunächst die Gelegenheit für ungezwungene Unterhaltungen und Fachsimpelerei, bevor man sich den Tagesordnungspunkten zuwandte. Zu den traurigen Pflichten im Rahmen der Versammlung gehörte die ehrende Erinnerung an vier, seit der letzten Hauptversammlung im November 2019, verstorbene Mitglieder. Ihnen wurde in einer Schweigeminute gedacht.

Nach dem Rechenschaftsbericht des Ortsvorsitzenden **Roger Stötzer** und einem informativen Vortrag des Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** ging man zu den Ehrungen über: **Kollege Max Pettenkofer** wurde für **60 Jahre** und **Kollegin Christine Hafenmayr** für **25 Jahre Mitgliedschaft** geehrt.

Anschließend folgten der Kassenbericht und die Berichte der Kassenprü-



Foto: BSBD-OV Rottenburg

(v.l.) OV-Vorsitzender Roger Stötzer, die Jubilare und Landesvorsitzender Alexander Schmid.

fer. Nachdem diese eine einwandfreie Kassenführung bestätigt hatten, wurde der Vorstand von der Versammlung einstimmig entlastet.

Für die aus familiären Gründen ausgeschiedene **Ines Kaupp** wählten die Mitglieder **Simon Matthes** zum neuen Vertreter für die Fachgruppe „Junge Be-

dienstete“ und **Kevin Wessel** zum stellvertretenden Schriftführer.

**Roger Stötzer** gratulierte den neugewählten Vorstandsmitgliedern.

Sodann blieb bis zum Ende der Versammlung um 19:05 Uhr noch etwas Zeit für persönliche Gespräche.

OV Rottenburg/tem ■

## BSBD Ortsverband Schwäbisch Gmünd tut Gutes

Der „Bunte Kreis“ unterstützt Familien mit schwer und chronisch kranken Kindern

Der Ortsverband Schwäbisch Gmünd, mit knapp 200 Mitgliedern, hat einen Teil der Mitgliedbeiträge dem „Bunten Kreis Schwäbisch Gmünd e.V.“ gespendet.

Ende Juni war es soweit: **satte 2.500 €** wurde an den Vorstandsvorsitzenden des Bunten Kreises **Chefarzt Dr. med. Riedel** übergeben. Der **Bunte Kreis** ist eine bundesweite Initiative mit vielen regionalen Vereinen, die seit Jahren Familien von schwer und chronisch kranken Kindern unterstützt, den Übergang von der Rundum-Versorgung im Krankenhaus nach Hause zu meistern.

Für die Familien von Frühgeborenen, kleinen Krebspatienten, Kinder mit Diabetes, Mukoviszidose oder anderen schweren Erkrankungen ist der Alltag häufig kaum zu schaffen.

Die richtigen Therapien zu finden, den Geschwisterkindern gerecht zu werden, mit den Ängsten und finanziellen Sorgen zurecht zu kommen, bringt viele an den Rand des Machbaren und Erträglichen. tem ■



OV-Vorsitzender Dirk Honigmann (links) und Kassierer Volker Seifried (rechts) mit Chefarzt Dr. Jochen Riedel (Mitte).

Foto: BSBD-OV SchwGm

Corona-Zwangspause zu Ende

## OV Schwäbisch-Hall lud zur Mitgliederversammlung ein

(v.l.) OV-Vorsitzender Matthias Mugele - die Jubilare Jürgen Schulz, Klaus Thillmann sowie Werner Bohn (jeweils 40 Jahre Mitgliedschaft) und Manfred Keller (25 Jahre Mitgliedschaft) – 1. Stv. Landesvorsitzender Michael Schwarz.



Foto: BSBD-OV Schwäbisch-Hall

von vier Mitgliedern des Ortsverbandes für ihre 40-jährige bzw. 25-jährige Mitgliedschaft im BSBD (siehe Foto).

Es fanden im Rahmen der Versammlung auch, wie üblich, Wahlen statt. Unter anderem mussten Nachfolger für die bisherige KassiererIn und FachgruppenvertreterIn für weibliche Bedienstete, Frau **Cornelia Willomitzer**, gewählt werden. An dieser Stelle sei ihr nochmals herzlich gedankt für ihr jahrelanges Engagement im Ortsverband.

Zum neuen Kassierer wurde **Christian Thomas** und zur neuen FachgruppenvertreterIn für weibliche Bedienstete wurde **Cornelia Schmid** gewählt.

Nach der Beendigung des offiziellen Teils blieb noch Zeit für persönlichen Austausch. Alle Teilnehmer waren sich einig darüber, dass diese Treffen bei den Versammlungen außerhalb des täglichen Dienstbetriebes sehr wichtig sind. Gemeinschaft, wie sie der BSBD mit solcher Veranstaltung pflegt und bietet, ist halt einfach unersetzlich.

Michael Schwarz/tem

Nach 28-monatiger Zwangspause durch Corona fand am Donnerstag, 05. August, im Ortsverband Schwäbisch Hall wieder eine Mitgliederversammlung in Präsenzform statt. Der Ortsverbandsvorsitzende **Matthias Mugele** freute sich, 24 Mitglieder bei der Jahreshauptversammlung begrü-

ßen zu können. An der Versammlung nahm auch **Michael Schwarz** vom Landesvorstand teil und er berichtete von der aktuellen Arbeit des BSBD auf Landesebene. Weitere Tagesordnungspunkte waren die Berichte des OV-Vorsitzenden und einiger Fachgruppensprecher/innen, sowie die Ehrung

## Ehrenmitglied Erich Haag feiert seinen 90. Geburtstag

Der Jubilar kann auf einen beeindruckenden Lebensweg zurückschauen

Der 2. September 2021 ist ein besonderer Tag für den BSBD Baden-Württemberg gewesen. Sein Ehrenmitglied **Erich Haag** konnte an diesem sonnigen Tag und bei bester Gesundheit seinen 90. Geburtstag feiern.

Landesvorsitzender **Alexander Schmid**, der Vorsitzende des Ortsverbandes Freiburg des BSBD **Daniel Meurer** und die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes **Barbara Reber** und **Frank Maertins** freuten sich, im Namen des Landesvorstandes und des Ortsverbandes Freiburg persönlich gratulieren zu können.

**Erich Haag** kann auf einen wahrlich beeindruckenden Lebensweg zurückschauen. Eintritt in den Justizvollzug bei der Justizvollzugsanstalt Freiburg im Jahr 1960 und natürlich Eintritt in den BSBD ebenfalls 1960, noch am gleichen Tag.

Neben Stationen als Fachgruppenvertreter AVD und Schriftführer im Ortsverband Freiburg kam dann auch der Ruf des Landesverbandes zum stellvertretenden Landeskassier und ab 1978 zum Landeskassier.

Dieses Amt übte er bis 2008 aus, um dann 2012 ganz aus dem Vorstand aus-

zuscheiden und zum Ehrenmitglied des Landesverbandes beim Delegiertentag 2012 einstimmig ernannt zu werden. Kaum überraschend, dass **Erich Haag** auch beim BSBD auf Bundesebene als Kassier von 1979 bis 2006 ehrenamtlich tätig war und für eine bestens aufgestellte Finanzpolitik sorgte.

Im Jahr seines Abschiedes aus dem aktiven Dienst bei der JVA Freiburg –

er war als Dienstleiter tätig – erhielt **Erich Haag** auch das Bundesverdienstkreuz verliehen. Selten hat dies jemand so sehr verdient wie er, meinen wir. Es gäbe noch viel mehr zu sagen über **Erich Haag**, aber er selbst würde sicher sagen, genug des Lobes und daher enden wir hier und sagen einfach nur: „Es ist toll, solche Menschen in unseren Reihen zu haben!“



Foto: BSBD-LV BW

(v. l.) Daniel Meurer, Alexander Schmid, Jubilar Erich Haag, Barbara Reber und Frank Maertins.

## NACHRUF

Unser Ehrenmitglied

# HANS HAMBÜCHER

ist im Alter von 99 Jahren verstorben.

**Der BSBD Landesverband trauert um den allseits hoch geschätzten und anerkannten, stets achtsamen und hilfsbereiten ehemaligen Verwaltungsleiter der JVA Stuttgart.**

Hans Hambücher war bis in sein hohes Alter noch rüstig und bei guter geistiger Gesundheit. Er hielt vielfach herzlichen Kontakt zu seinen ehemaligen Kollegen und zum Vorstand des BSBD Landesverbandes.

Hans Hambücher, der sicher die Bezeichnung „Vollzugs- und BSBD-Urgestein“ schmunzelnd akzeptiert hätte, begann seinen Dienst im damaligen Landesgefängnis Mannheim und war dann schon vor Betriebsbeginn 1963 zur Untersuchungshaftanstalt Stuttgart gewechselt. Er war ganz maßgeblich bei den Bauplanungen und Bauarbeiten der ersten Groß-Anstalt des Landes nach dem Krieg in Stuttgart-Stammheim sowie später auch bei den Bau- durchführungen rund um die JVA Heimsheim beteiligt.

Seit dieser Zeit war er auch Verwaltungsleiter der JVA Stuttgart – ein sehr verantwortungsvolles Amt, das er mit höchster Kompetenz und Kraft, mit viel Verständnis und Sorge für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausfüllte. So war er auch bestens geeignet, die Anwärterinnen und Anwärter der Verwaltungsdienste in der damaligen Strafvollzugsschule auszubilden.

Auch die äußerst schwierige und kritische Zeit der JVA Stuttgart ab Mitte der 1970er Jahre hat er hautnah miterlebt sowie mit seiner reichen Erfahrung und Hilfsbereitschaft zur Bewältigung beigetragen. So kannte man Hans Hambücher: Ihm war keine Frage zu schwer und keine Arbeit zu viel!

Seine BSBD-Historie begann bereits im April 1955 mit der Gründung des BSBD Ortsverbands Mannheim und der Wahl zum Zweiten Vorsitzenden des am 11. Mai 1955 gegründeten Landesverbandes Baden-Württemberg.

Nach alter Überlieferung war er auch die erste treibende Kraft bei der Ausstattung der Kollegen mit Uniformen und bei der bald folgenden Einführung der „Gitterzulage“ ab 1956 – eine sehr lange Zeit! Irgendwann dazwischen war er auch mal zeitweise Bundesvorsitzender des BSBD.

Aber auch nach dem Ende seiner Dienstzeit Mitte der 1980er Jahre ruhte und rastete Hans Hambücher nicht. Er engagierte sich mit viel Kraft und Erfolg ehrenamtlich beim Caritas-Verband, dessen „Haushälter“ er lange Zeit

war. Ebenso setzte er sich – als Gründungsmitglied des Bürgervereins – nachhaltig für das im „Stammheimer Schloss“ residierende Seniorenstift ein, wo er von 1983 bis 1999 die Stammheimer Begegnungsstätte sorgsam und mit viel Herz leitete. Damit hatte er für die älteren Generation eine weithin anerkannte Heimstatt für eine vielseitige und anspruchsvolle Freizeitgestaltung geschaffen.

Alle, die mit Hans Hambücher zu tun hatten, haben gespürt, dass er stets viel mehr für seine Kollegen, für seine Mitmenschen, für die Gemeinschaft tat als für sich selbst: Wir haben mit Hans Hambücher einen guten väterlichen Freund verloren – und ebenso einen sehr liebenswerten



**Hans Hambücher bei seinem 90. Geburtstag – damals gratulierten: Barbara Reber und Alexander Schmid.**

*Foto: BSBD LV BW*

Menschen. Der Schreiber dieser Zeilen hatte noch vor wenigen Wochen bei einem Telefonat Hans Hambücher von Herzen gewünscht, dass er seinen Jahrhundert-Geburtstag noch erleben möge. Es hat nicht sollen sein.

So schmerzt – trotz seines hohen Alters – der Verlust von Hans Hambücher sehr und auch unsere Trauer ist unermesslich groß. Wir behalten aber unsere volle Verehrung für den Verstorbenen und werden unser gemeinsames Erleben in hohen Ehren halten und auch mit Freude nie vergessen.

**BSBD Landesvorstand  
Baden-Württemberg**